

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

18.1.1927 (No. 14)

Expedition:
 Karlsriedrich-
 straÙe Nr. 14
 Fernsprecher:
 Nr. 953
 und 954
 Postcheckkonto
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 E. K. Mend,
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Massenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Redaktion die Zeitung verpätet, in beschränktem Umfang oder nicht erschieht. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verantwortung für irgendetwas übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Dr. Marx und die Regierungskrisis

Dr. Marx, der nach dem Fehlschlagen des Experiments mit Dr. Curtius vom Reichspräsidenten mit der Führung weiterer Verhandlungen zwecks Bildung eines Reichskabinetts beauftragt worden war, hat sich sogleich an die Parteien gewandt, auf die es im Augenblick ankommt. Und das sind in erster Linie die Sozialdemokraten und die Deutsche Volkspartei.

Was zunächst die Deutsche Volkspartei anlangt, so hat deren Reichstagsfraktion gestern einen nichtsfagenden Beschluss veröffentlicht. Wie aus den Kommentaren zu diesem Beschluss hervorgeht, besteht innerhalb der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Übereinstimmung darüber, daß die Große Koalition nach wie vor abzulehnen sei. Immerhin bleibt es bemerkenswert, daß die Fraktion sich gegen die Idee einer Koalition der Mitte mit Unterstützung der Sozialdemokratie noch nicht in aller Form festgelegt hat. Wie es heißt, will man erst die Bedingungen der Sozialdemokratie hören. Von diesen Bedingungen nimmt die deutschvolksparteiliche Presse jedoch an, daß sie ihrer ganzen Art nach eine Zusammenarbeit zwischen Deutscher Volkspartei und Sozialdemokratie unmöglich machen werden. Die Aufgabe von Dr. Marx wird es nun sein, festzustellen, ob dieser Pessimismus gerechtfertigt ist, und ob sich nicht doch eine Annäherung zwischen den beiden Parteien herbeiführen läßt.

Die Aussichten sind dazu allerdings, wie jeder unbefangene Beobachter zugeben muß, recht gering. Aus den Artikeln der deutschvolksparteilichen Presse geht das Ziel der Partei und der Fraktion doch gar zu unzweideutig hervor: man will erst einmal die Verhandlungen von Dr. Marx mit der Sozialdemokratie ergebnislos verlaufen lassen, um dann sagen zu können, daß nach Lage der Dinge eben nur die Errichtung einer Rechtskoalition in Betracht komme. Es ist die Frage, ob das Zentrum dieses Spiel mitmachen wird. Daß man es auf Seiten des Zentrums durchschaut und von ihm wenig erbaut ist, ist selbstverständlich. Auch schon rein menschlich wird man es verstehen können, daß eine Partei, die, wie das Zentrum, sich besonders um eine Beilegung der Krisis bemüht, verärgert sein muß, wenn sie sieht, daß eine andere Partei eigensinnig bei ihrem Wunsche der Vereinnahmung der Deutschnationalen in die Reichsregierung beharrt und mit listiger Taktik jeden andern Versuch von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Die Deutsche Volkspartei glaubt sich in der Lage eines zu befinden, der unter allen Umständen unentbehrlich ist. Und zwar ist es vor allem die Person des Herrn Stresemann, welche der Partei diese Überzeugung der eigenen Unentbehrlichkeit verleiht. Man kann es sich dort nicht denken, daß jemand anders als Herr Stresemann die Außenpolitik des Reiches leitet. Daß Stresemann als Reichsaußenminister für uns ohne weiteres einen Akkordposten bedeutet, wird wohl von jedem Anhänger der bisherigen Regierungspolitik zugegeben werden. Ob er aber unentbehrlich ist, das ist eine andere Frage. Das Ausland jedenfalls würde einem Reichsaußenminister, der mindestens den gleichen guten Willen zu einer Politik der Versöhnung zu beweisen vermag, sehr rasch mit demselben Vertrauen begegnen.

Zu übrigen vergesse man nicht, daß neulich schon Stegerwald in einem seiner viel beachteten Artikel davon gesprochen hat, daß man einmal die Möglichkeit einer Ausschaltung der Deutschen Volkspartei ins Auge fassen müsse, da diese Partei der eigentliche Hort der wirtschafts- und sozialpolitischen Reaktion sei. Jetzt hat Herr Stegerwald neuerdings in einer Kölner Arbeiterversammlung diesen Gedanken von neuem unterstrichen. Bei derselben Gelegenheit hat er die Forderung aufgestellt, daß man die Sozialdemokratie verantwortlich zur Regierungsbildung heranziehen müsse, und daß ein Regieren gegen die Arbeiterschaft — möge sie nun sozialdemokratisch sein, oder dem Zentrum angehören — ein Übel sei.

Es gibt auch sonst in den republikanischen Parteien viele Politiker, die der Meinung sind, daß es aus erzieherischen Gründen für die Deutsche Volkspartei nur heilsam sein könne, wenn man ihr beweise, daß es auch einmal ohne sie gehe. Praktisch würde ein solcher Beweis nur mit Hilfe der Wiedererrichtung der Weimarer Koalition möglich sein. Doch sind wir soweit zweifellos noch nicht, obwohl auch hier die Tatsache zu denken gibt, daß derselbe Herr Stegerwald von sich aus bereits von

solch einer „Möglichkeit“ gesprochen hat. Schließlich bliebe eben, wenn man weder die Rechtskoalition, noch die Weimarer Koalition will und eine Koalition der Mitte mit sozialdemokratischer Unterstützung nicht zustandebringen kann, doch nur die Reichstagsauflösung übrig.

Inzwischen hat Graf Westarp, der Führer der Deutschnationalen, eine Rede gehalten, die auch in der vom Redner selbst vorgenommenen Nichtsstellung außerordentlich bedenklich ist. Sie wendet sich scharf gegen die Verfassung und propagiert eine Außenpolitik, an deren Ende die gewaltsame Zurückeroberung der durch den Friedensvertrag von Versailles verlorenen Gebiete stehen müßte. Wie es heißt, hat diese Rede Stresemann und die Deutsche Volkspartei futzig gemacht. Sie soll schuld daran sein, daß die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei gestern eine verhältnismäßig neutrale Haltung eingenommen hat.

Kompliziert wird die parlamentarische Situation für Herrn Dr. Marx durch den Konflikt, der zwischen dem Reichswehrminister Dr. Gessler und dem Parteivorstand der Demokraten, Herrn Koch, ausgebrochen ist. Die Vorgeschichte ist kurz die: der Reichswehrgeneral Reinhardt hatte in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem den Republikanern die Fähigkeit abgesprochen wurde, für die Reichswehr den richtigen Ersatz zu stellen, und in dem behauptet wurde, die Republikaner seien im Punkte der Vaterlandsverteidigung nicht zuverlässig. Natürlich hat dieser Artikel, der unter allen Umständen besser ungeschrieben geblieben wäre, zumal bei den Demokraten wie eine Bombe eingeschlagen und einen scharfen Protest des Parteivorstandes, des Herrn Koch, hervorgerufen. Da nun aber, wie gemeldet wird, Herr Gessler den Artikel Reinhardts persönlich deckt, haben wir den offenen Konflikt zwischen Herrn Gessler und seiner eigenen Partei. Wir glauben, alle verständigen Volksgenossen werden der Meinung zuneigen, daß aktive Generale der Reichswehr lieber nicht mit derartigen Artikeln vor die Öffentlichkeit treten sollen. Solange die Welt besteht, hat das Politisieren der Generale noch immer Unfug gestiftet. Das haben wir auch hier wieder. Und Herrn Dr. Marx wird durch den Konflikt seine Aufgabe nur noch mehr erschwert.

Die Regierungsbildung im Reich

Die Besprechungen Dr. Marx' mit den Parteien

Reichskanzler Marx hat am Montag in Ausführung des von ihm übernommenen Auftrages, die Haltung der in Frage kommenden Fraktionen gegenüber der Bildung eines Kabinetts der Mitte zu klären, nacheinander den Vorsitzenden der volksparteilichen Fraktion, Abg. Dr. Scholz, den Vorsitzenden der demokratischen Fraktion, Abg. Dr. Koch und den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Hermann Müller, empfangen. Die beiden Gegenpole bei diesen Verhandlungen waren die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten, die sich in ihren Erklärungen gegenüber dem Reichskanzler außerordentlich vorsichtig gezeigt haben. In demokratischen Kreisen wurde deshalb am Montag die Aussicht für ein Kabinett der Mitte mit sozialdemokratischer Unterstützung etwas günstiger beurteilt. Die Volkspartei will ihre Haltung davon abhängig machen, welche Bedingungen die Sozialdemokraten für eine Unterstützung eines solchen Kabinetts stellen. Die Volkspartei hat aber, wie das W.D.-Büro weiter hört, ein Kabinett der Großen Koalition mit Einschluss der Sozialdemokraten abgelehnt. Die Sozialdemokraten wollen nun zu der Frage Stellung nehmen, ob sie nach Ablehnung der Großen Koalition überhaupt ein Kabinett der Mitte unterstützen werden. Sie werden also erst später die Bedingungen nennen, unter denen eventuell eine solche Unterstützung für sie in Frage kommt.

Die sozialdemokratische Fraktion hat für heute Dienstag nachmittag eine Sitzung des Fraktionsvorstandes vorgesehien und die Fraktion selbst auf Mittwoch um 12 Uhr einberufen. Der erste Tag der Verhandlungen die Dr. Marx geführt hat, hat nur insofern eine Klärung gebracht, als die Deutsche Volkspartei die Beilegung an der Großen Koalition ablehnt. In den Besprechungen des heutigen Dienstag will Dr. Marx feststellen, wie sich die beiden Flügelparteien zu einem Kabinett der reinen Mitte stellen. Nach der bisherigen Haltung der Deutschnationalen wird, wie das W.D.-Büro noch weiter erfährt, mit Sicherheit damit gerechnet, daß Graf Westarp die Zulassung eines Kabinetts der Mitte ablehnen wird. Auf der anderen Seite wird Dr. Marx den Führer der Sozialdemokratie, Hermann Müller, um Bekanngabe seiner Bedingungen für die Unterstützung eines Kabinetts der Mitte bitten. Von dieser Antwort werden die weiteren Schritte des Herrn Dr. Marx abhängen.

Graf Westarp bei Dr. Marx
 W.D. Berlin 18. Jan. (Tel.) Wie das W.D.-Büro aus parlamentarischen Kreisen erfährt, empfing Reichskanzler Dr. Marx heute vormittag 11 Uhr den Grafen Westarp zu einer Besprechung, um die Haltung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion zu einem Kabinett der Mitte festzustellen.

Internationaler Kongress der demokratischen Parteien in Karlsruhe Eine Rede des badischen Staatspräsidenten

Der Internationale Demokratische Kongress fand seinen feierlichen Abschluß mit einem Gesellschaftsabend, zu dem der badische Staatspräsident am Montagabend in die Räume des Staatsministeriums geladen hatte. Ein Konzert, bei dem das Voigt-Quartett (Karlsruher Streichquartett) sowie Opernsänger Robert Dux vom Badischen Landestheater mitwirkten, eröffnete den Abend. Raum war das Konzert beendet, da ertönten von der Straße her die Klänge der Kapelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, das in einem stattlichen Fackelzug zu Ehren der Kongreßteilnehmer an dem Staatsministerium vorüberzog. Der Staatspräsident und seine Gäste hatten sich während des Vorbeimarsches auf den Balken begeben. Im Laufe des Abends ergriß

Staatspräsident Dr. Köhler

das Wort zu folgender Ansprache:

„Es ist mir eine große Freude, Sie, hochverehrte Damen und Herren, hier in diesen Räumen willkommen heißen zu dürfen. Ganz besonders begrüße ich die Vertreter des Internationalen Demokratischen Kongresses, die mir die Ehre ihres Erscheinens gegeben haben. Wir empfinden es mit Genugtuung, daß dieser Internationale Kongress zum ersten Male in Deutschland tagt und als Tagungsort die Hauptstadt unserer badischen Heimat gewählt hat. Es steht mir nicht zu, zu den Einzelheiten, die Sie in mehrtägigen Verhandlungen beschäftigt haben, Stellung zu nehmen. Aber die Tatsache, daß die großen Fragen, die jeden europäischen Bürger im Innersten bewegen, hier in persönlicher Fühlungnahme behandelt worden sind, ist hocherfreulich.“

Der Gedanke der Notwendigkeit der Verständigung der europäischen Völker hat in den letzten Jahren außerordentlich große Fortschritte gemacht. Nicht im Sinne irgendeiner öden Gleichmacherei, nicht im dem Verlangen, die Eigenart der einzelnen Stämme und Völker zu verwischen, — wer solcherlei verlangen wollte, würde vernichten statt aufzubauen, sondern in dem großen Willen zur Gemeinschafts- und Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten menschlicher Betätigung! Und wer wäre mehr geeignet, diesen Gedanken der Völkerverständigung zu pflegen, als gerade die Demokratie, die den Dienst an der Volksgemeinschaft als höchste Bürgerpflicht betrachtet? Sie, die in tiefster Seele das Volk und die Nation liebt, sie drängt aus dieser Liebe heraus zum Frieden, zur Verständigung der Völker Europas untereinander, nicht nur im Politischen, sondern auch im Wirtschaftlichen und auf dem so weitreichenden sozialen Gebiete.“

Wenn wir in Deutschland von Verständigung reden, so haben wir ein gewisses Recht dazu. Locarno, dieser Markstein auf dem Wege der Beziehungen der europäischen Völker, sagt der Welt, daß Deutschland für den Verständigungs- und Friedensgedanken eine Tat vollbracht hat, wie kein anderes Volk vor ihm. Im Vertrage von Locarno hat Deutschland freiwillig die Westgrenze anerkannt, die das Schicksal des Krieges ihm verschrieben hat. Freiwillig hat die Deutsche Volksvertretung dem Vertrage zugestimmt, der in der Deutschen Gesetzesammlung die Unterschrift trägt des Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg. Durch diese Tat hat Deutschland gezeigt, daß es ihm ernst ist mit dem Willen zur Verständigung, ebenso ernst wie mit seiner Freiheit und Unabhängigkeit. Der Lebenswille des deutschen Volkes ist Verständigung auf dem Boden der Unabhängigkeit und Freiheit.“

Ich weiß, ich bin mit diesem Gedanken schon bei dem großen Problem der europäischen Politik, den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Aber, warum mit dem Munde schweigen über das, was die Herzen und den Verstand bewegt. Und da sei es laut gesagt: Es gibt keine größere Sicherheit Frankreichs als die Freiheit Deutschlands! Dieses Kernproblem der gesamten europäischen Politik drängt zur Lösung. Wir alle sind berufen, an ihr mitzuwirken, insbesondere wir, die wir auf dem Boden des demokratischen Staatsgedankens stehen. Nicht als ob ich annehmen würde, daß diese Verständigung von heute auf morgen erfolgen könnte. Zu viel, unendlich viel ist noch auszuräumen, vor allem in der Gesinnung der Menschen, auf jenem Gebiete, auf dem der Krieg seine größten und schrecklichsten Verbrechen angerichtet hat. Aber gerade Tagungen, wie die eben abgelaufene, sind Förderer zum Ziele. Deshalb danken wir den Frauen und Männern, die sich dem großen Gedanken zur Verfügung gestellt haben. Aber gerade Tagungen, wie die eben abgelaufene, sind Förderer zum Ziele. Deshalb danken wir den Frauen und Männern, die sich dem großen Gedanken zur Verfügung gestellt haben. Gede Gott, daß der Erfolg ein großer und umfassender sei zum Segen aller europäischen Völker.“

Im Namen der Gäste dankte zwar Berendson-Kopenhagen in deutscher Sprache. Er feierte in seiner Rede den Geist

Mit der Beilage: Offizielle Gewinnliste der Baden-Badener Fürsorge-Lotterie

von dem der Kongress getragen worden sei. Es sei kein Geist der oberflächlichen Verdrüßung, der alltäglichen Festschreibung. Jeder habe aus der Eigenart seines Landes heraus in die Eigenart des anderen Landes hineingesprochen. Es sei offen und klar gesprochen worden, und doch sei die Tagung beherrscht gewesen von dem Geist der Einigkeit und damit der wahren Demokratie. Und daß dieser gute Geist über dem Kongresse walten konnte, das verdanke man nicht zuletzt dem Lande, in dem er stattfand, dem Lande Baden, in welchem man gewohnt sei, auch über die Grenzen hinauszublicken. Der Nebner schloß mit einem Hoch auf das badische Land.

Der letzte Verhandlungstag

Reichsinnenminister Dr. Kälig ist am gestrigen Montag noch zum letzten Verhandlungstage eingetroffen, der

Die Erörterung der sozialen Frage

brachte. Den Vorsitz führte Berendson (Dänemark).

Die Berichterstattung hatte

der französische Deputierte Chabrun

übernommen. Er ging davon aus, daß die Wirtschaftsdemokratie eine Voraussetzung für die Erhaltung des politischen Friedens sei. Nach kritischen Bemerkungen über das heutige System der Lohngebung setzte sich Chabrun für die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Leitung und Organisation der Produktion ein. Diese Forderung hätten die Vertreter der französischen Arbeiter in Lyon aufgestellt, und das dürfte auch der Wunsch der gesamten arbeitenden Massen Europas sein. Die demokratischen Parteien verlangten auch den Achtstundentag. Es müsse verhindert werden, daß die Verhältnisse zu einem Krieg der Maschine gegen den Menschen führen. Der Mensch soll die Arbeitsbedingungen diktieren, nicht die Maschine.

In der Aussprache vertrat der holländische Abg. Joekes den Standpunkt, daß im Arbeitsverhältnis nicht die Macht, sondern das Recht den Ausschlag geben müsse. Er empfahl darum die Arbeitsgerichtsbarkeit.

Darauf nahm

Reichsinnenminister Dr. Kälig

das Wort. Er führte u. a. aus, nachdem man sich gestern über Probleme des Völkerfriedens unterhalten habe, sei es angebracht, auch über die Fragen zu sprechen, die den Frieden im eigenen Volk betreffen. Gerade die Demokratie sei zur Lösung derartiger Probleme berufen. Die Demokratie könne keine Autokratie des Unternehmertums gegenüber dem wirtschaftlich schwächeren Arbeitnehmer sein. Sie wolle vielmehr arbeiten von Mensch zu Mensch und wirken im Sinne des Ausgleichs. Die soziale Spannung unserer Zeit bestehe in allen Ländern und habe überall die gleichen psychologischen Ursachen. Mit der fortschreitenden Industrialisierung habe der Arbeiter den inneren seelischen Zusammenhang mit seiner Tätigkeit verloren. Deshalb müsse jetzt der persönliche Zusammenhang mit den Betrieben hergestellt werden. Der Arbeiter dürfe sich nicht als ein Glied des maschinellen Mechanismus fühlen. Er müsse sich vielmehr bewußt werden, daß er Persönlichkeitswert bestehe.

Da ergaben sich zwei Fragegruppen: die materielle und die organisatorische Seite. Die Form der unmittelbaren Gewerkschaftsbeteiligung werde auf Seiten der Arbeitnehmer außerordentlich überschätzt. Die beste Gewerkschaftsbeteiligung des Arbeiters sei ein anständiger auskömmlicher Lohn und eine weitgehende soziale Fürsorge (Zusicherung). — Der Achtstundentag als Normalarbeitszeit sei in allen Ländern festzulegen. Nebner warnt aber davor, ihn als ein Dogma zu behandeln. Er sei eine sozialwirtschaftliche Frage, die von Betrieb zu Betrieb, von Arbeitsart zu Arbeitsart individuell behandelt werden müsse. Ein weiteres Problem sei das der Arbeitslosigkeit und Arbeitsfreude. Die Einrichtung des Betriebsrates habe beide Teile enttäuscht, weil daran zu große Erwartungen harr. zu große Hoffnungen geknüpft wurden. Momentan gleiche der Betriebsrat in Deutschland einem nicht richtig gestimmten Instrument. Er könne sich aber zu einem Instrument des sozialen Ausgleichs entwickeln. Wir sind in Deutschland noch weiter gegangen — fuhr der Nebner fort — und haben den Arbeitern gesetzlich und zwingend eine Rente zum Schluß des Lebens zugesichert. Der Minister vertrat zum Schluß den Gedanken des obligatorischen Schiedsgerichts.

Präsident Berendson dankte dem Minister unter lebhaftem Beifall für seine Darlegungen und speziell dafür, daß er die große Wichtigkeit der psychologischen Seite des sozialen Friedens hervorgehoben habe. — Nach 12 Uhr vertagte man sich bis 1/3 Uhr.

Badisches Landestheater

Die Eugenotten

Die Opernleitung hat es für nötig gehalten, nach knapp drei Jahren Meherbeers „Eugenotten“ abermals neuinstudiert herauszubringen. So sehr einestells solche Bemühung zur Auffrischung und abwechslungsreicheren Gestaltung des Spielplans anzuerkennen ist — das auffallend stark besetzte Haus bewies zudem deutlich, welche Art Werte das Sonntagspublikum besonders liebt —, so muß andererseits doch auch verlangt werden, daß man bei dieser Erneuerung einen gewissen Stilcharakter wahrt. Denn die Wiederholung einer zu ihrer Zeit so bedeutenden Schöpfung wie die Eugenotten hat nur dann künstlerische Berechtigung, wenn man optisch und akustisch ihren historischen Voraussetzungen einigermaßen zu genügen vermag, d. h. wenn man sie wirklich als „große“ Oper aufzufassen weiß. Leider war davon diesmal kaum etwas zu merken, und weit kommt dem Abend das Beste fehlte, herrschte von Anfang an eine sehr matte Stimmung, und der Erfolg rückte über die Befriedigung einer rein äußerlichen Unterhaltungslust nicht hinaus.

Gerade die längst bekannten Schwächen des Textes von Eugen Scriba sind in den neunzig Jahren Bühnenleben keineswegs erträglicher geworden; man läßt sich deshalb eine reduzierte und gekürzte Bearbeitung (statt fünf Akten nur vier Bilder) wohl gefallen. Das dürfte jedoch nicht auf Kosten einiger der wertvollsten Musikstücke der Partitur geschehen, und noch weniger dürfte durch die summarische Einstellung auf die Liebesepische Maout-Valentine die Gesamtinszenierung auf ein so bescheidenes Maß reduziert werden, daß von dem Begriff „große“ Oper so gut wie nichts übrig blieb. Sicherlich trägt in dieser Beziehung der Regisseur Hellmut Grabe nicht allein die Verantwortung, obwohl auch ihm einige Fehler unterlaufen (im 3. Akt z. B. der szenisch vollkommen farblos blieb). Die Eugenotten sind der virtuose Gipfel eines Zeitbeispiels und das Geheimnis ihres Erfolges auch auf der Bühne der Gegenwart liegt darin, daß ihre geistvoll-flüssige, mit enormer Theateroutine geschriebene Musik wieder durch übertragende Gestaltung überall lebendig gemacht wird. Welche Bedeutung hat aber diese Musik noch, wenn man ihr etwa in der Partie der Valentine die glanzvollsten Effekte in der hohen Lage wegnimmt? Und ist man nicht umso leichter geneigt, mit peinlicher Geringschätzung darüber zu reden, wenn der musikalischen Ausdeutung (Dr. Feins Knoll) jede hinreichende Selbstständigkeit des Ausdrucks fehlt? Dazu kommt außerdem, daß auch alle Solisten mehr oder minder Virtuosen ihres Faches sein müßten, um die stimmungsvolle Substanz ihrer Rollen voll auszusprechen. Es waren in der

In der Nachmittagsklausur schloß die polnische Delegation die Ausarbeitung eines Einigungsreglements für die künftigen Kongresse, sowie die auszugsweise Herausgabe der Reden in Gestalt einer Broschüre vor. Die Versammlung stimmte zu, ebenso auch Anregungen von französischer und deutscher Seite, die sich auf den Druckfabrikanten vom Zentralbüro in Paris beziehen. Um die Wirtschaftsdemokratie vorzubereiten, ernannte sich der Kongress auf eine Reihe grundsätzlicher Forderungen: weitgehender Arbeiterschutz, Altersversorgung, gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit, Schiedsgerichtsbarkeit bei Arbeitskonflikten, Anteilnahme der Arbeiter an der Wirtschaftsführung, Aktienbeteiligung usw.

In einer vom Exekutivkomitee vorgelegten Entschließung zur Schulfrage

wird die Einheitschule gefordert. Der Unterricht soll unentgeltlich und zwingend sein, der Schulzwang sich auf mindestens 8 Jahre erstrecken und sich daran ein pflichtmäßiger Fortbildungsschulunterricht bis zum vollendeten 18. Lebensjahre anschließen.

Hierzu brachte der schwedische Delegierte Dr. Johngren einen Zusatzantrag ein, auszusprechen, daß in den öffentlichen Schulen der Religionsunterricht fakultativ sein soll.

Präsident Berendson erklärte, daß diese Frage im Exekutivkomitee diskutiert und man darüber einig gewesen sei, daß sie sehr wichtig, aber doch nur eine Unterfrage des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche sei, über welches man sich in den demokratischen Parteien mit aller Offenheit aussprechen müsse. Im Hinblick auf gewisse Schwierigkeiten, die sich der sofortigen Diskussion des Zusatzantrages entgegenstellten, bitte er, diesen zurückzugeben. Er könne namens des Exekutivkomitees versichern, daß bei einem der folgenden Kongresse diese wichtige Frage behandelt werden wird.

Der Zusatzantrag wurde von dem polnischen Abgeordneten Rudzinski unterstützt.

Borel-Franckreich leitete die Bedenken des Präsidenten gegen eine sofortige Diskussion.

Die Abg. Dr. Gertrud Bäumer bemerkte, daß es schwer sei, im Wortlaut einer Entschließung den Verhältnissen in den verschiedenen Ländern Rechnung zu tragen. Auch könnten sich Mißverständnisse ergeben (Sehr richtig).

Schließlich beschloß der Kongress mit großer Mehrheit, sich nur an den Text der vom Komitee vorgeschlagenen Entschließung zu halten. Dieselbe wurde sodann einstimmig angenommen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Präsident Berendson dankte für das seitens der staatlichen und städtischen Stellen dem Kongress bewiesene Entgegenkommen.

Der polnische Delegierte Abg. Dembski bekundete den Dank der polnischen Delegation und aller Anwesenden an die deutsche Delegation für die Aufnahme in der schönen Stadt Karlsruhe, und stellte fest, daß für die internationale Verständigung gute Arbeit geleistet worden sei. Diesen Erfolg verdanke man vor allem auch den Führern der Deutschen Demokratischen Partei (Beifall).

Reichsinnenminister Dr. Kälig sprach unter lebhafter Zustimmung der Versammlung der Kongressleitung aufrichtigen Dank aus für die ausgezeichnete Geschäftsführung. Er rühmte den Geist, der von der Leitung ausströmte und seine Resonanz in der Versammlung fand. Als Minister des Reiches stelle er mit Genugtuung fest, daß die Verhandlungen getragen waren von dem Bestreben, auf den wesentlichsten Gebieten des Staats- und Völkerlebens einander näherzukommen. Möge die Internationale Vereinigung auch in der Zukunft eine Pflegestätte solchen Geistes sein und in diesem Sinne wünsche er ihr alles Gute im Interesse der Verständigung der Völker der Welt.

Nachdem noch Berendson und Borel-Franckreich gegenseitig Dankesworte gewechselt hatten, wurde der Kongress gegen 5 Uhr geschlossen.

Arbeitslosen demonstration in Paris. In Paris fand am Montag eine Demonstration von etwa 2000 durch die Wirtschaftskrise arbeitslos gewordenen Hotel- und Gasthausangestellten statt, die zu Zusammenstößen mit der Polizei führte. Die Demonstranten begaben sich, von der Polizei verstreut, in kleineren Gruppen nach der Arbeitsbörse, wo eine Versammlung stattfand, in welcher der Sekretär der Nahrungsmitteleigenen schnelle Hilfe für die Arbeitslosen der Nahrungsmitteleigenen verlangte, die allein in Paris und Umgebung 20 000 Arbeitslose zähle.

Hauptfrage die von der letzten Neuenstudierung her bekannten Kräfte wieder beschäftigt, bei keinem Mitwirkenden liegt begründeter Anlaß zu besonderer Hervorhebung vor, ausgenommen vielleicht die kleine Ell. Wieb, die als Frage einsprang und mit zierlicher Stimme ihre berühmte Arie meisierte.

Tagung der Badisch-Pfälzischen Bühnenervereine

In Heidelberg tagte am Sonntag der Bezirk Baden-Pfalz-Gaargebiet der Deutschen Volkstheatervereine, wozu sich zahlreiche Vertreter der Ortsgruppen eingefunden hatten. Der Verbandsgeschäftsführer Dr. Nestor-Berlin referierte über die Aufgaben und Ziele der Deutschen Volkstheaterbewegung. Die Volkstheaterbewegung soll nicht die Schaulust, sondern das Innere des Menschen befriedigen. Der Verband habe jetzt in 20 Orten rund 500 000 Mitglieder, der beste mehrere eigene Theater und sei auch Teilhaber verschiedener weiterer Theater. Die Geschäftsführung befaßt sich u. a. mit der Frage des Namensschutzes, da in letzter Zeit die Bezeichnung Volkstheater oder freie Volkstheater sehr oft von Dilettanten mißbraucht wird. Nach einem Vortrag von Dr. Nestor von Besslich-nassauischen Wandertheater wurde die Notwendigkeit der Gründung einer Badischen Wanderbühne anerkannt; die Bewirkung des Projektes hänge jedoch von der Unterstützung der badischen Regierung ab. Die nächste Verwaltungsratsitzung soll sich weiter mit dieser Frage beschäftigen. Der bisherige Vorstand wurde unter Zuzahl des Regierungsrats Günther-Karlsruhe wiedergewählt. Der Deutsche Volkstheaterverbandstag im Januar 1928 wird in Heidelberg abgehalten werden.

Vortrag Karin Michaelis. Was Karin Michaelis mit ihrem Vortrag bezweckt, den sie am Freitagabend im Karlsruher Eintrachtssaal über „Liebe, Ehe und Scheidung“ hielt, ist ein tiefes Verständnis alles dessen, was die Menschen in der Liebe und Ehe glücklich macht, bzw. was die Ehe zu einer brüderlichen Fessel werden läßt, bis sie schließlich durch die Scheidung gesprengt wird. All dies zeigt die Vortragende an Hand eigener Erlebnisse, die sie in launiger Weise wiedergibt. Dabei zeichent sie das Ideal der Frau, die ihren Gatten ganz zu verstehen sucht und sein Wesen gerade durch Geduld und Selbstlosigkeit ihrem eigenen Wesen anzupassen sucht. Sie führte Beispiele an, aus denen deutlich hervorgeht, wie stark in der Frau das Muttergefühl ist, und wie seine Befriedigung die Erfüllung ihres innersten Wesens ist. Infolgedessen verlangt sie, daß die Frau und Mutter ihre eigenen Rechte nicht entzogen wer-

Politische Neuigkeiten

Der Abschluß der diplomatischen Aktensammlung

Anlässlich der Herausgabe der großen Aktenammlung des Auswärtigen Amtes veranstaltete der Inhaber der Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Hans Noeller, Montagabend einen festlichen Empfang in den Räumen der Deutschen Gesellschaft zu Berlin an dem u. a. der Reichsfinanzminister Dr. Marx, Reichsminister Dr. Bell, Votschafter Dr. Goltz, Reichsminister a. D. Dr. Rosen, Staatssekretär Weisner und zahlreiche andere Regierungsbeamten, Mitarbeiter an der Aktenpublikation und führende Mitglieder der deutschen Presse und der Politik teilnahmen. Nach einem einleitenden Musikvortrag wies der Herausgeber des „Archiv für Politik und Geschichte“, Dr. Hans Noeller, auf die Bedeutung der 58 bändigen Aktenpublikation, die mit ihren Nebenberichtigungen bereits auf 130 Bände angewachsen ist, für die Geschichte der Politik im allgemeinen und für die Erforschung der Kriegsschuldfrage im besonderen hin und sprach die Hoffnung aus, daß auch die anderen am Kriege beteiligten Mächte durch Öffnung ihrer Archive zu einer abzurufenen Materialbereitstellung für eine vollkommene Erforschung der geschichtlichen Ursachen des Krieges und der ganzen modernen politischen Geschichte beitragen möchten. Bei dem nachfolgenden Dinner hielt Reichsfinanzminister Marx eine Ansprache, in der er die außerordentlichen Verdienste des Verlegers würdigte und die Hoffnung ausdrückte, daß dem Beispiel des deutschen Volkes in der übrigen Welt nicht nur Beifall gezollt, sondern nachgeahmt werden soll.

Der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden

Im Sitzungssaal des Deutschen Städtetages im Stadthaus zu Berlin, fand am Montag eine Besprechung bedeutungsvoller kommunalpolitischer Fragen, insbesondere des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und des preussischen Steuergewerbesteuer vor Pressevertretern statt. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Mulert, entwarf ein Bild von der Finanzlage der deutschen Städte, die im Rechnungsjahr 1928 eine wesentliche Verschlechterung erfahren habe. Trotz ernüchterter Bemühungen, die Haushaltspläne für dieses Rechnungsjahr im Gleichgewicht zu halten, sei dies nicht möglich gewesen. Der Grund liege vornehmlich in dem außerordentlichen Ansteigen der Gemeinden überwiegender Wohlfahrtslasten. Das Defizit allein der preussischen Städte über 50 000 Einwohner erreichte in diesem Jahre rd. 120 Millionen Mark. Durch die sog. Steuermildergesetzgebung des Reiches und der Länder seien die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer, Vermögenssteuer, Grunderwerbsteuer, die preussische Gewerbe- u. Hauszinssteuer gesenkt worden ohne daß hierdurch die Wirtschaft sichtbare Entlastungen erfahren habe. Namentlich werde es vom Standpunkt der Städte für verfehlt gehalten, die Umsatzsteuer zu senken und dafür die drückende Belastung der Gewerbesteuer in voller Höhe bestehen zu lassen. Der vorläufige Finanzausgleich, der im Laufe d. M. im Reichstage zur Annahme kommt, bringe den Gemeinden trotz ihrer verzwiefelten Finanzlage durch Streichung der Spezialumlagegarantie und der Getränkesteuer, sowie durch Senkung der Grunderwerbsteuersätze außerordentlich fühlbare Minderungen des Steueraufkommens. In dieser ohnehin schwierigen Lage greife die preussische Vorlage für Gewerbesteuer in sehr bedrückender Weise ein. Bei der schwierigen Lage des Gewerbesteuers, soweit möglich, Steuererleichterung auch bei der Gewerbesteuer geboten. Über der Weg, den die Regierungsvorlage und die Anträge der Landtagsparteien gehen, sei nicht der richtige. Die einzig mögliche Reform der Gewerbesteuer liege in einer schleunigen Reform des Reichsfinanzausgleichs zugunsten der Gemeinden.

Eine Rede Löbes in Lobz. Am Sonntag fand in Lobz die Foyer des 5 jährigen Bestehens der Deutschen Sozialistischen Partei Lobz statt, an der auch Reichstagspräsident Löbe teilnahm. Löbe hielt bei dem Fest eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Eine Annäherung zwischen Polen und Deutschland ist nötig. Ist erst einmal die wirtschaftliche Annäherung durchgeführt, so wird auch eine friedlich durchgeführte Vereinigung der Gebietsfragen nicht mehr auf allzu große Schwierigkeiten stoßen. Staatsgrenzen sind jedenfalls nicht ewig. Was den Polnischen Korridor anlangt, so muß von allem dafür Sorge getragen werden, daß sich der Verkehr in ihm frei und ungehindert vollziehen kann.

den, wie es der Fall ist, wenn geschiedene — oder auch un- verheiratete — Mütter ihre Kinder fremden Händen zur Erziehung überlassen müssen. Selbst der schuldig geschiedene Frau soll dieses Recht nicht abgesprochen werden. Den Kindern einer unglücklichen Ehe, die die Luft zwischen den Eltern viel feiner herausfühlen, als Eltern gemächlich annehmen, und unter den Zwitgerleiten und Häßlichkeiten eines solchen Zusammenlebens unglücklich leben, will sie den Weg zu einer freien Entwicklung öffnen durch Erleichterung der Scheidung. Auch nach der Trennung der Gatten soll sie ein glückliches Heim umschließen an der Seite des Mutter. Damit jedoch Mutter und Kind vor materieller Not geschützt sind und sich die Frau nicht der Demütigung unterziehen muß, von dem geschiedenen Mann einen Unterhalt zu beziehen, wirt Karin Michaelis den Gedanken einer Scheidungs-Erleichterung auf. Dies kann eine Vereinfachung sein welche die Eltern für ihr Kind aufgenommen haben, und die sowohl nach dem Tode des Mannes, wie auch im Falle der Scheidung als Lebensversicherung auf die Frau übergehen kann. Zum Schluß sprach Karin Michaelis noch von ihrem Plan, als Ergänzung des von Reichertling herausgegebenen „Ehebuch“ ein zweites Ehebuch zu schreiben, das vor allem die kleinen und scheinbar geringfügigen Gesenfsätze zwischen den Gatten und die alltäglichen Innamehmen lichten des Lebens aufzeigen soll, durch die jedoch viel eher ein gegenseitiger Überdruß und allmählich eine tiefe unüberbrückbare Kluft entstehen kann. Sie bat ihre Zuhörer, eigene Erfahrungen und Ansichten ihr schriftlich bekanntzugeben durch Einbringung an ihren Verleger Neuenhauer in Berlin.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Miguel Servantes unsterbliche Dichtung „Don Quixote“, der Ritter von dem traurigen Gestalt, hat nun auch den Weg zum Film gefunden. Das alte ewig junge Werk erstet vor unseren Augen auf der Leinwand, natürlich in Filmaufmachung, und die Abenteuer des „edlen Ritters“ und seines treuen Begleiters „Sancho Panza“ erzeugen wahre Laßfallen. Zwei bekannte Filmgrößen Pat und Patagon verkörpern die Gestalten. Der Regisseur war hier ein Meister seiner Kunst. Die Bad. Lichtspiele haben mit diesem Film eine gute Wahl getroffen, das Konzerthaus war sehr gut besetzt. — Ein Beifall von besonderer Bedeutung führt uns nach Baden-Baden. Was die Stadt im Verein mit Körperschaften und Einzelpersonen geschaffen hat, ist geradezu vorbildlich zu nennen. Während der großen Inflationszeit erstand in Baden-Baden der „Sonnenpark“, ein großzügiges Erholungsheim für große und kleine Kinder.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 15. Jan. Wie die „Vollstimme“ meldet, sind an fast allen Mannheimer Schulen 20 Prozent der Schüler an Grippe erkrankt, somit ungefähr 4600 in Gesamt-Mannheim mit Vororten. Die Krankheit nehme aber im allgemeinen einen gutartigen Verlauf. Auch unter den Erwachsenen ist die Grippe stark verbreitet, jedoch ist auch hier erfreulicherweise die Zahl der Todesfälle gering. Die Krankenhäuser und Ärzte sind stark in Anspruch genommen.

Heidelberg, 14. Jan. Aus Anlaß des 40 jährigen Jubiläums des Heidelberger Birtevereins und 42. Tagung des Badischen Gastwirteverbandes in Heidelberg wird vom 18. bis 26. Juni cr. in der Stadthalle mit anschließendem Jubiläumsspiel, sowie in der „Harmonie“ eine große Ausstellung für Hotel- und Gastwirtsfach, Kochkunst sowie verwandte Gewerbe stattfinden. Veranstatet wird die Ausstellung vom Birteverein Heidelberg unter dem Protektorat und der Mitwirkung des Badischen Gastwirteverbandes in Karlsruhe.

Stuttgart, 17. Jan. Gestern verstarb hier im Alter von 71 Jahren der Buchdruckereibesitzer und Mitbegründer des vor 44 Jahren erschienenen Zentrumsorgans „Buchfäher Boten“, Altstadtrat Friedrich Wiedemann. Seit 26 Jahren (bis zum November 1926) gehörte er dem Stadtrat an und im Jahre vorher hatte er das viele Jahre innegehabte Amt des Vorsitzenden der Zentrumspartei niedergelegt.

Stuttgart, 17. Jan. Schon lange besteht die Absicht einer Karlsruher Gesellschaft, nach dem im Gebirge links der Alp liegenden Ortschaften Schöllbrunn und Bilsersbach einen Omnibusverkehr einzurichten. Das Projekt soll nun in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Bereits anfangs nächster Woche wird der Verkehr versuchsweise aufgenommen werden.

Bandel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

| | 19. Januar | | 17. Januar | |
|------------------------|------------|--------|------------|--------|
| | Geld | Brief | Geld | Brief |
| Amsterdam 100 G. | 168.45 | 168.87 | 168.46 | 168.88 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 112.24 | 112.52 | 112.26 | 112.54 |
| Statten . . . 100 R. | 18.03 | 18.07 | 18.065 | 18.105 |
| London . . . 1 Pf. | 20.435 | 20.487 | 20.437 | 20.489 |
| Reims . . . 1 D. | 4.211 | 4.221 | 4.212 | 4.222 |
| Paris . . . 100 Fr. | 16.75 | 16.79 | 16.76 | 16.80 |
| Schweden . . . 100 Kr. | 81.10 | 81.30 | 81.12 | 81.32 |
| Wien 100 Schilling | 59.37 | 59.51 | 59.38 | 59.52 |
| Prag . . . Kr. 100 | 12.47 | 12.51 | 12.472 | 12.512 |

Vom süddeutschen Tabakmarkt. Die Ablieferung der Tabake aus dem badischen Oberland und aus Württemberg ist nunmehr im Gange. Bei den Tabaken dieser Gegendstriche werden die Vergüter mit einem ziemlich großen Gewichtsverlust zu rechnen haben, da die Ablieferungen teilweise in ziemlich faulen Zuständen erfolgten; dagegen befriedigt die Qualität im allgemeinen, da auch die Tabake dieser Gegend sich als gut ausgereift erweisen.

Interessengemeinschaftsvertrag von Viehhändlern. Die Rheinische Viehhändler- und Maschinenfabrik A. G. Mannheim und die Wesslinger Gußwerke, G. m. b. H., die beide hochfaurebeständige Siliciumlegierungen herstellen, haben sich zur gemeinsamen Herstellung dieses Materials durch den Abschluß eines Interessengemeinschaftsvertrages entschlossen. Die Fabrikation soll zusammengefaßt werden, außerdem findet ein Austausch der Verwaltungsmittelglieder statt.

Staatsanzeiger

Raul- und Auenzeuche

Nach Meldungen der Bezirksförsterämter waren am 15. Januar 1927 verendet:

- Amtsbezirke:** Bruchsal: Gemeinden: Hambrücken, Kirrlach, Oberhausen.
 Bühl: Bühl, Gamsfurt, Kappelwindel, Reuslag, Oberwasser, Ottersweier, Inghurst.
 Ettlingen: Langenrainbach, Mörch, Neuburgweier.
 Heidelberg: Heidelberg, Heidelberg-Kirchheim, Dossenheim, Gauangeloch, Lodenfeld (Schwanheim).
 Karlsruhe: Karlsruhe-Grünwinkel, Planfenloch, Eggenstein, Forchheim, Spöck.
 Rastatt: Rastattweier, Remprechtshofen, Muckenschopf.
 Rastatt: Ottenheim.
 Mannheim: Mannheim, Mannheim-Sandhofen, Altkußheim, Hohenheim, Adenburg, Keulshausen, Reilingen, Selteneim.
 Offenburg: Schutterwald.
 Forstheim: Forstheim, Königsbach, Riefen, Röttingen, Schellbrunn, Stein, Wilsberg.
 Rastatt: Au i. N., Haueneberstein, Hügelshausen.
 Sindheim: Adelshofen, Gemmingen.
 Tauberbischofsheim: Dittigheim, Oberschüpf, Windischbuch.
 Waldbrunn: Hohenbach.
 Wiesloch: Waldbrunn.
 Badisches Statistisches Landesamt.

Geschäftliches

Der heutigen Nummer liegt die offizielle Gewinnliste der 2. Baden-Badener Fürsorge-Lotterie bei.

COLOSSEUM FRIED. KRUPP Aktiengesellschaft, ESSEN.

Heute und morgen Mittwoch
Unwiderruflich letzte Vorstellungen
der großen Revue

Das Champagnergirl

Bruchheilung

von Arztkommissionen bestätigt
ohne Operation, ohne Berufshörung,
sodas selbst Ärzte sich und ihre Familien
von uns behandeln lassen.

Essentielle Dankfagnungen dortiger Gegend:
 Dem „Hermes“ Arztl. Institut für orthopädische Bruchbehandlung, Hamburg 36, bestätige ich, daß mein Sohn Karl, 15 Jahre alt, der seit Geburt an linksseitigem Leistenbruch litt, der ganzseitig bis zum H. ging, durch Dr. med. S. L. Meyer's Methode vollständig geheilt ist. Hofa Epple, Oberhausen bei Neulingen, 11. 12. 26. Seit 1906 litt ich an Bruch, der über laufig groß bis zum H. ging. Seit März 1925 war ich in Behandlung bei dem „Hermes“, Arztl. Institut für orthopädische Bruchbehandlung, Hamburg 36, und bin jetzt geheilt, sodas ich ohne Band gehen kann. R. Huber, Lörrach i. B., 2. 12. 26. Bestätige, daß mein Bruchleiden durch Ihre Methode vollständig geheilt ist. Fein, Konstanz, Juli 1926.
 Sprechstunde unseres approbierten, speziell ausgebildeten Vertrauensarztes in Rastatt: Bahnhofs-Hotel: Freitag, den 21. Januar, vormittags 9-1 Uhr. Karlsruhe, Hotel Lutz: Freitag, den 21. Januar, nachmittags 3-7 1/2 Uhr, und Samstag, den 22. Januar, vormittags 9-1 Uhr. Forstheim: Hotel Hansa, Samstag, den 22. Januar, nachmittags 3 1/2-7 1/2 Uhr und Sonntag, den 23. Januar, vormittags 9-2 Uhr.

„Hermes“ Arztl. Institut für orthopädische Bruchbehandlung, Hamburg, Esplanade 6.
[Dr. S. L. Meyer.]

Wir warnen vor Pseudos, die uns nachzumachen versuchen, ohne den Kernpunkt der Sache überhaupt zu kennen.

An der badischen Heil- und Pflanzanstalt Wiesloch ist die Stelle des

Anstaltsapothekers

— außerplanmäßig in Gruppe X — neu zu besetzen.
 Bewerber, die Kenntnisse in der klinischen Chemie und Serologie nachweisen, werden in erster Linie berücksichtigt. Unterkunft und Verpflegung kann in der Anstalt gewährt werden.
 Ledige Bewerber, welche die pharmazeutische Staatsprüfung bestanden haben, mögen ihre Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnissen, darunter Approbationsurkunde, innerhalb 14 Tagen an die Anstaltsdirektion einreichen.

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit.
 3.601. Bruchsal. Über das Vermögen der Frau Karl Federbusch Ww. Josefine geb. Deister und des Fabrikanten Karl Federbusch jr., beide in Bruchsal und persönlich haftende Gesellschafter der Firma Straßer & Federbusch, Kalkwerke, Komm.-Ges. in Bruchsal, wurde heute am 14. Jan. 1927, nachm. 4 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die Gemeinschuldner ihre Zahlungen eingestellt haben und zahlungsunfähig sind.
 Konkursverwalter: Treuhänder Dr. Brauchle, Karlsruhe, Hebelstraße.

Anmeldedfrist: 5. Febr. 1927.
 1. Gläubigerversammlung u. Prüfungstermin: 12. Februar 1927, vorm. 10 Uhr.
 Offener Arrest und Anzeigefrist: 5. Febr. 1927.
 Bruchsal, 14. Jan. 1927.
 Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Konkursverfahren.
 3.602. Freiburg. Im Konkurs S. A. Th. Kämmerer, Freiburg, findet Schlussverteilung statt. Verfügbar sind Reichsmark 1082.14, wovon RM. 812.98 bevorrechtigte und RM. 269.16 nicht-bevorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen sind.
 Konkursverwalter: A. Kuhn, Freiburg.

Bilanz zum 30. September 1926.

| Vermögensbestandteile. | RM | Verbindlichkeiten und Reinvermögen. | RM |
|---|----------------|---|----------------|
| Grundeigentum u. Werksanlagen, Werkzeuge und Beförderungsmittel | 163 123 372.40 | Grundkapital | 160 000 000.— |
| Vorräte, halb- und ganzfertige Waren | 44 534 755.59 | Gesetzliche Rücklage | 16 000 000.— |
| Gewerbliche Schutzrechte | 1.— | Sonderrücklage | 8 706 227.44 |
| Kasse, Reichsbank- und Postcheck-Guthaben | 4 273 377.44 | Deckung für Schäden und Verpflichtungen | 27 315 723.16 |
| Wechsel und Schecks | — | Sonstige Rückstellungen | 17 094 753.56 |
| Wertpapiere und Beteiligungen: | — | Guthaben der Hilfskassen, Stiftungen und dgl. | 343 183.69 |
| Festverzinsliche Wertpapiere | 110 058.39 | Guthaben von Werksangehörigen bei der Firma und bei der Spareinrichtung | 2 009 419.92 |
| Andere Wertpapiere und Beteiligungen | 55 262 870.31 | Anleihen | 48 100 133.47 |
| Bankguthaben | 14 011 398.45 | Hypotheken und Restkaufgelder | 1 556 170.60 |
| Guthaben bei öffentlichen Sparkassen | 800 254.52 | Anzahlungen | 9 571 766.78 |
| Waren- und sonstige Schuldner | 38 195 705.90 | Waren- und sonstige Gläubiger | 16 568 468.52 |
| Schuldner aus Werksgemeinschaftsverrechnung | 17 343 213.41 | Bankgläubiger | 385 289.94 |
| Sicherheitswechsel und Bürgschaften | — | Laufende Akzepte | 2 943 180.55 |
| Verlust aus 1925/26 | 2 106 227.44 | Gläubiger aus Werksgemeinschaftsverrechnung | 23 630 001.35 |
| | | Rückständige Löhne, Gehälter, Provisionen, Steuern usw. | 10 036 935.87 |
| | | Sicherheitswechsel und Bürgschaften | — |
| | | RM 9 502 800.40 | |
| | 344 761 234.86 | | 344 761 234.86 |

Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1925/26

| Ausgaben. | RM | Einnahmen. | RM |
|---|---------------|---------------------|---------------|
| Steuern | 12 387 797.11 | Betriebsüberschuß | 33 015 245.93 |
| Angestellten- und Arbeitserversicherung | 8 134 092.59 | Verlust aus 1925/26 | 2 106 227.44 |
| Wohlfahrtsausgaben | 5 245 472.81 | | |
| Zinsen | 3 063 995.16 | | |
| Abschreibungen auf Beteiligungen usw. und verschiedene Ausgaben | 6 290 115.76 | | |
| | 35 121 473.36 | | 35 121 473.36 |

3.608. Gengenbach. Über das Vermögen des Homöopathen Hans Jakob Sulmann in Gengenbach wurde heute das Konkursverfahren eröffnet. Rechtsanwalt Koenigsmeyer in Offenburg wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 8. Februar 1927 bei dem Gericht anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Mittwoch, den 16. Febr. 1927, nachm. 2 1/2 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörende Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufzugeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestize der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 8. Februar 1927 Anzeige zu machen. Gengenbach, den 16. Januar 1927.
 Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

3.609. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Schmitt & Weisfogel in Karlsruhe wird eine Gläubigerversammlung einberufen auf Mittwoch, den 16. Februar 1927, vorm. 9 Uhr, vor das Amtsgericht Abteilung A 5 Adamiestraße 8, II. Stock, Zimmer 142. Tagesordnung: 1. Wahl eines neuen Konkursverwalters an Stelle des erkrankten bisherigen Konkursverwalters. 2. Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse. Karlsruhe, den 13. Januar 1927.
 Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A 5.

3.608. Überlingen. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Schlossermeisters Fritz Behringer in Konstanz, gewerbliche Niederlassung in Überlingen, ist zur Abnahme der Schlussrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen der Termin bestimmt auf: Dienstag, den 15. Febr. 1927, vorm. 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Überlingen, Zimmer Nr. 12. Überlingen, den 12. Januar 1927.
 Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Bekanntmachung.
 3.604. Überlingen. In dem Konkurs über das Vermögen des Landwirts und Metzgers Josef En-

1924 öffentlich zu vergeben. Pläne u. Bedingungen liegen bei uns u. auf d. Baubüro im Ortsbürgerbahnhof Singen (S.) zur Einsicht auf. Dasselbst Abgabe der Angebotsdrucke gegen Vergütung. Angebote sind verschlossen, portofrei u. mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum Eröffnungstermin am 3. Februar 1927, nachmittags 3 1/2 Uhr, an die unterzeichnete Stelle einzulegen. Zuschlagsfrist 8 Wochen. **Bahnbauministerium Konstanz.** 3.605

Güterrechtsregister.
 3.611
 Güterrechtsregistervertrag Jahr III Seite 47: „Konrad Bisp, Kaufmann in Rastatt, und dessen Ehefrau Anna Marie geborene Hinderpader“: Die Verwaltung u. Nutzung des Vermögens an dem Vermögen der Ehefrau ist durch Ehevertrag vom 1. Mai 1926 aufgehoben worden. Rastatt, den 14. Januar 1927. Amtsgericht.



Badisches Landestheater
 Mittwoch, 19. Januar 1927
 4. Vorstellung
 der Schülerrmiete

Hamlet, Prinz von Dänemark
 von Shakespeare
 In Szene gef. v. F. Baumbach
 Claudius Siedl
 Gertrude Emart
 Hamlet Dahlen
 Der Geist Drey
 Fortinbras Hofbauer
 Polonius Höder
 Laertes Leitgeb
 Ophelia Wooft
 Voltimand Ed
 Cornelius Kühne
 Prolog Wegner
 König Hofbauer
 Königin Möberl
 Lucianus Gemmede
 Anfang 6 1/2, Ende gegen 10
 I. Sperrfrist Nr. 5.—
 Do. 20. Jan. Der Kronbaur
 Nr. 21. Jan. Turandot

Resi-denz Lichtspiele
 Waldstraße 78
Ben Hur

Leser Bücher
 Wissen ist Macht!

Detektiv Institut-Privat
 Argus "Mannheim"
 O. 6. 6
 Planken
 Telefon Nr. 3309
 R. Maier & Co., G. m. b. H.